

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

März 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Judith Klara Weiss

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 15. bis zum 21. März 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Kommission präsentiert Status der neuen „Europäischen Bürgerinitiative“

Der Vertrag von Lissabon hat ein neues Instrument der Bürgerbeteiligung geschaffen: Eine Million Europäerinnen und Europäer können die Kommission mit einer Europäischen Bürgerinitiative zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auffordern. Maroš Šefčovič, EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung, wird am 31.03. in einer Pressekonferenz) darüber informieren, wie dieses neue Werkzeug der Bürgerbeteiligung konkret ausgestaltet werden soll.

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_de.htm

2. Parlamentsvizepräsident Edward McMillan-Scott bei Liberalen

Der von den britischen Konservativen ausgeschlossene Europaabgeordnete Edward McMillan-Scott hat sich nunmehr den Liberalen im EP angeschlossen.

http://www.theparliament.com/no_cache/latestnews/news-article/newsarticle/ousted-tory-mep-defects-to-lib-dems/

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. EZB leistet technische Hilfe für Zentralbank von Bosnien-Herzegowina

Am 01.04. startet die Europäische Zentralbank ein auf 18 Monate angelegtes Kooperationsprogramm mit der Zentralbank von Bosnien-Herzegowina, mit dem Ziel einer Vorbereitung auf die Anforderungen der Wirtschafts- und Währungsunion. Die EU-Kommission stellt hierfür eine Million EUR im Rahmen der Vorbeitrittshilfe zur Verfügung. Eingesetzt werden Experten der EZB sowie der nationalen Zentralbanken aus Deutschland (Deutsche Bundesbank), Griechenland, Spanien, Italien, den Niederlanden, Österreich und Slowenien. Die EZB entsendet eine Koordinatorin nach Sarajevo, Frau Mara Vyborny, eine Zentralbankexpertin mit Erfahrungen in der Österreichischen Nationalbank und der EZB.

EZB-Direktoriumsmitglied Gertrude Tumpel-Gugerell wies bei der Vorstellung des Programms darauf hin, dass die Zentralbank von Bosnien-Herzegowina unter den derzeitigen Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern die erste gewesen sei, die mit der EZB und Partner-Zentralbanken in einem Projekt zur Bedarfsanalyse zusammen gearbeitet habe. Nunmehr sei sie wieder die erste bei der Aufarbeitung der Bedarfsanalyse.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2010/html/pr100315.en.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100315.en.html>

2. Mandat des Sonderbeauftragten für Mazedonien (FYROM) verlängert

Der Rat verlängerte das Mandat des Sonderbeauftragten der Europäischen Union in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Erwan Fouéré, vom 31.03. bis 31.08 2010 oder bis zum Zeitpunkt der Einsetzung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113398.pdf (Ecofin)

3. Hohe Beauftragte Ashton besuchte Nahen Osten

Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission hat auf ihrer Nahostreise vom 14.-18.03. in Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien, Israel und den Palästinensischen Gebieten mit führenden Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft gesprochen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/274&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. Konsultation zum Allgemeinen Präferenzsystem

EU-Handelskommissar Karel De Gucht eröffnete am 16.03. eine Konferenz über die Handelspolitik der EU gegenüber Entwicklungsländern. Dabei wurde erörtert, wie die Wirksamkeit des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU bei der Entwicklungsförderung gesichert und wie nachhaltige Entwicklung unterstützt werden kann. Bei dieser Gelegenheit kündigte Kommissar De Gucht eine öffentliche Konsultation an, mit der ein Beitrag zur anstehenden Überarbeitung des APS geleistet werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/280&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/july/tradoc_139988.pdf

2. Streit mit Argentinien über Genpflanzen beigelegt

Vor dem Hintergrund von Klagen vor der Welthandelsorganisation seitens den USA, Kanada und Argentinien stimmte nach Kanada nunmehr auch Argentinien einer Einstellung des Verfahrens zu, nachdem es mit der EU eine Einigung über einen regelmäßigen Dialog zu Biotechnologie erzielt hatte. Noch offen ist das Verfahren der USA gegen die EU hinsichtlich Sanktionen wegen verzögerter Zulassung von Genpflanzen zum Import und wegen nationaler Verbote in sechs Mitgliedstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/325&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der AKP-Bananenerzeuger

Die Kommission hat am 17.03. ein Paket im Wert von 190 Mio. EUR zur Unterstützung der Bananenexporteure der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) verabschiedet. Dieser Vorschlag ist Teil der Genfer Vereinbarung über den Bananenhandel, mit der die EU im Dezember 2009 nach 15 Jahren den Bananenstreit mit den lateinamerikanischen Ländern und den USA beigelegt hatte. Der Vereinbarung zufolge werden auch die Zölle gesenkt, mit denen die EU Bananen aus den lateinamerikanischen Ländern belegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/287&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/development/services/dev-policy-proposals_en.cfm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

1. Erholung auf europäischen Arbeitsmärkten

Nach dem neuesten „Monthly Labour Market Monitor“ der EU-Kommission ging die Zahl der Beschäftigten im vierten Quartal 2009 nur noch um 0.3% auf 221 Mio. zurück. Die Arbeitslosenrate blieb im Januar unverändert bei 9.5%.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=120&langId=en>

2. Zahl der Erwerbstätigen in Eurozone um 0,2% und in EU27 um 0,3% gefallen

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Eurozone (EZ16) ist im vierten Quartal 2009 gegenüber dem Vorquartal um 0,2% (347 000 Personen) gefallen. Dies geht aus vorläufigen Schätzungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hervor, die von Eurostat veröffentlicht werden. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Erwerbstätigen in der EU27 um 0,3% (583 000 Personen) gefallen. Im dritten Quartal 2009 hatte die Zuwachsrate bei -0,5% in beiden Gebieten gelegen. Diese Zahlen sind saisonbereinigt. Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres nahm die Beschäftigung in der Eurozone im vierten Quartal 2009 um 2,0% und in der EU27 um 2,1% ab, nach -2,2% bzw. -2,1% im dritten Quartal 2009.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/38&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Arbeitskosten pro Stunde in der Eurozone um 2,2% gestiegen – EU um 2,4%

Die Arbeitskosten pro Stunde sind in der Eurozone (EZ16) im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 2,2% gestiegen. Im vorigen Quartal betrug der Anstieg 3,0%. In der EU27 lag die jährliche Steigerungsrate im vierten Quartal 2009 bei 2,4%, nach einem Anstieg um 2,9% im vorangegangenen Quartal. Die im Jahresvergleich größten Zuwächse wurden in **Bulgarien** (+11,3%) und **Österreich** (+6,5%) festgestellt. **Deutschland** liegt bei 1,2%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/40&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Niederlande behindern Entsendung von Arbeitnehmern

Die Kommission hat am 18.03. die Niederlande aufgefordert, ihre Rechtsvorschriften für die Entsendung von Arbeitnehmern, für die die Freizügigkeit in der EU (noch) nicht gilt, zu überarbeiten. Nach den niederländischen Vorschriften müssen Unternehmen für bestimmte Mitarbeiter eine Arbeitserlaubnis einholen, bevor diese vorübergehend zur Erbringung von Dienstleistungen in die Niederlande entsandt werden können. Dies gilt für Mitarbeiter aus Bulgarien und Rumänien sowie aus Nicht-EU-Ländern, die legal in dem Mitgliedstaat ihres Arbeitgebers leben und arbeiten. Nach Ansicht der Kommission verstößt diese Arbeitserlaubnispflicht gegen die im EU-Vertrag verankerte Dienstleistungsfreiheit. Die Kommission hat ihre Rechtsauffassung förmlich festgelegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/304&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Mahnschreiben an Estland wegen Missachtung von Elternurlaub

Die Kommission hat in einem Mahnschreiben an Estland - der sogenannten „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ - die nicht ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie über den Elternurlaub ([96/34/EG](#)) in estnisches Recht bemängelt. Dies ist der letzte rechtliche Schritt vor einer

Klage beim Europäischen Gerichtshof.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/317&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Portugal missachtet Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf:

Die Kommission hat am 18.03. einen weiteren Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Portugal ergriffen, weil das Land die EU-Regeln zum Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf ([Richtlinie 2000/78/EG](#)) nicht vorschriftsmäßig umgesetzt hat. Die Kommission hat eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Portugal gerichtet und somit die letzte Mahnung ausgesprochen, bevor der Europäische Gerichtshof mit dem Fall befasst wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/318&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Polen wegen Zulassung nicht autorisierter Arzneimittel verklagt

Die Kommission ruft den Europäischen Gerichtshof an, da Polen den Import von Pharmazeutika, die in der EU nicht anerkannt sind, zulässt, sofern sie billiger als die in der EU zugelassenen Arzneimittel sind.

c) Soziales

Deutschland wegen Diskriminierung bei Pflegeleistungen verklagt

Die Kommission hat den Europäischen Gerichtshof angerufen, die während eines vorübergehenden Aufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat in Anspruch genommenen Pflegeleistungen, nicht in der gleichen Höhe erstattet werden wie in Deutschland in Anspruch genommene. Nach Auffassung der Kommission gelten für die Pflegeversicherung dieselben Grundsätze wie für die Krankenversicherung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/307&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

1. Detaillierte Kennzeichnung von Lebensmitteln – Ampel nur freiwillig

Der Ausschuss für Volksgesundheit des Europäischen Parlaments nahm am 16.03. mit großer Mehrheit (52:3 Stimmen, bei 5 Enthaltungen) den Bericht von Renate Sommer (EVP/DE, CDU) zur Lebensmittelkennzeichnung an. Ein verpflichtendes Ampelsystem (Kennzeichnung von Inhaltsstoffen durch rote, gelbe oder grüne Aufdrucke) ist mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Neu sind verpflichtende Nährwertangaben mit Schlüsselinformationen wie Energiegehalt, Fette, gesättigte Fette, Kohlenhydrate, Zucker und Salz. Anzugeben sind auch Nanomaterialien und Lebensmittelimitate. Bei Fleisch, Geflügel, Molkereiprodukten, frischem Obst und Gemüse sowie anderen Produkten, die aus einer Zutat bestehen, ist die Angabe des Herkunftslandes erforderlich. Das Plenum wird Ende Mai Stellung nehmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/067-70614-074-03-12-911-20100315IPR70613-15-03-2010-2010-false/default_de.htm

2. Rat beschließt Standpunkt zu neuartigen Lebensmitteln

Der Rat verabschiedete seinen Standpunkt in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung über neuartige Lebensmittel. Dieser sieht ein zentralisiertes Zulassungsverfahren auf EU-Ebene und ein beschleunigtes Verfahren für traditionelle Lebensmittel aus Drittstaaten vor. Ausdrücklich einbezogen werden Nanomaterialien und geklonte Tiere. Entgegen dem Votum der Kommission sollen auch die Nachkommen geklonter Tiere erfasst werden. Antragsteller sollen auf Antrag fünf Jahre Schutz der wissenschaftlichen Daten über neuartige Lebensmittel erhalten, um Innovationen im Lebensmittelsektor zu fördern. Der Standpunkt wird nunmehr dem Europäischen Parlament zur zweiten Lesung übermittelt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/113344.pdf

b) Landwirtschaft

1. Kommission fordert GAP-Gelder in Höhe von 346,5 Mio. EUR zurück

Die Kommission hat EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 346,5 Mio. EUR zurückgefordert, die von den Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden. Diese Gelder fließen in den

Gemeinschaftshaushalt zurück. 47,5 Mio. EUR werden **Spanien** wegen nicht zuschussfähiger Kosten und Mängeln des Kontrollsystems im Sektor Obst und Gemüse angelastet; 92 Mio. EUR muss **Polen** wegen verschiedener Mängel im Bereich der Flächenbeihilfen in den Jahren 2006 und 2007 zurückzahlen; 105,5 Mio. EUR werden von **Griechenland** aufgrund von Mängeln des Kontrollsystems für Baumwolle und 18,5 Mio. EUR im Bereich der Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums wegen gravierender und andauernder Mängel im IVKS-System zurückgefordert. **Deutschland** muss 6,713 Mio. EUR Direktzahlungen wegen falscher Anwendung von Kürzungen und Ausschlüssen zurückzahlen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/284&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Bestätigung des hoch pathogenen Vogelgrippe-Virus H5N1 in Rumänien

Die Kommission hat am 16.03. einen Beschluss angenommen, um die Risikogebiete zu bestätigen, die die rumänischen Behörden nach dem Ausbruch der hoch pathogenen Aviären Influenza (Vogelgrippe) bei Geflügel in einer Hinterhofhaltung im Donaudelta nahe der ukrainischen Grenze (Gemeinde Letea, Region Tulcea) abgegrenzt haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/285&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Ausschreibung für Studie zu Auswirkungen von erneuerbarer Energie

Die Kommission schrieb eine Studie zu den Auswirkungen erneuerbarer Energien auf europäische Landwirte aus. Hierdurch sollte die Produktion erneuerbarer Energien in der Landwirtschaft und die unterschiedliche Entwicklung in einzelnen Regionen untersucht werden. Das Budget beträgt 500.000 EUR. Die Antragsfrist endet am 07.05.10. Die Studie ist innerhalb eines Jahres zu erstellen.

http://ec.europa.eu/dgs/agriculture/tenderdocs/2010/77521/index_en.htm

4. Investitionsbeschränkungen in österreichischer Landwirtschaft beanstandet

Die Kommission hat am 18.03. Maßnahmen ergriffen, um Beschränkungen für Investitionen in landwirtschaftliches Grundeigentum in Österreich zu beseitigen. Aufgrund regionaler Bestimmungen muss für den Erwerb von Grundeigentum, das zuvor für landwirtschaftliche Zwecke genutzt wurde, und von Anteilen an Gesellschaften, denen landwirtschaftliche Grundstücke gehören, eine Genehmigung eingeholt werden. Nach Auffassung der Kommission verstoßen diese Beschränkungen gegen die EU-Grundsätze des freien Kapitalverkehrs und der Niederlassungsfreiheit. Die Kommission hat ihre Rechtsauffassung förmlich festgelegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/301&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Spanien muss bei Tiertransport nachbessern

Die Kommission übermittelte Spanien eine begründete Stellungnahme wegen mangelhafter Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz.

V. Binnenmarkt, Steuern und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

1. Kommission für Änderungen bei Verbraucherrechts-Richtlinie

In einer Rede am 15.03. kündigte Kommissionsvizepräsidentin Reding an, den im Europäischen Parlament und im Rat erhobenen Einwänden gegen die Vollharmonisierung durch die Richtlinie

„Rechte der Verbraucher“ Rechnung tragen zu wollen. Eine Vollharmonisierung solle nur noch für den Fernabsatz angestrebt werden, insbesondere zur Förderung des grenzüberschreitenden Online-Handels. Notwendig seien einheitliche Definitionen, harmonisierte Regeln für missbräuchliche Vertragsklausel und unionsweit einheitliche Vorschriften über die Tragung der Risiken beim Verkauf. Ansonsten sollte nur beim Fernabsatz ein Rücktrittsrecht von zwei Wochen, eine einheitliche Regelung der vorvertraglichen Information, eine geschlossene Liste von verbotenen Vertragsklauseln und eine Festlegung von Gewährleistungsrechten eingeführt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/91&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Lebensmittellieferungen an Krankenhäuser in Oberösterreich beanstandet

In den Jahren 2008 und 2009 führte die oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG (GESPAG) Ausschreibungen für den Abschluss von Rahmenvereinbarungen zur Lieferung frischer Lebensmittel an öffentliche Krankenhäuser durch, die von der GESPAG betrieben werden. Nach Auffassung der Kommission wurden dabei die Vorschriften des europäischen Vergaberechts nicht eingehalten. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarungen sowie bestimmte Anforderungen an Nachweise für Eignungskriterien entsprächen nicht den Vorschriften der EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG. Außerdem habe die freihändige Vergabe von zwei Losen für Milchlieferungen an grenznahe Krankenhäuser nicht den europarechtlichen Grundsätzen der Transparenz und der Nichtdiskriminierung entsprochen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/302&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Portugal wegen öffentlicher Dienstleistungsaufträge verklagt

Die Kommission wird Portugal wegen eines nationalen Gesetzes vor den Europäischen Gerichtshof bringen, das es Einzelpersonen im Vergleich zu Gesellschaften sehr erschwert, öffentliche Dienstleistungsaufträge zu erhalten. Portugal erklärte sich einverstanden, das Gesetz zu ändern, bisher ist es jedoch noch in Kraft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/303&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Steuern

1. Vereinfachte Regeln für die Mehrwertsteuer-Rechnungsstellung

Die EU-Finanzminister erzielten am 18.03., in Erwartung der Stellungnahme des Europäischen Parlaments, eine allgemeine Ausrichtung über eine vereinfachte Abrechnung der Mehrwertsteuer. Auf Papier vorliegende und elektronische Rechnungen werden gleichbehandelt. Die Bestimmungen über den Vorsteuerabzug werden gestrafft, um einen schnelleren Austausch von Informationen über die Lieferung von Waren und die Bereitstellung von Dienstleistungen innerhalb der EU zu ermöglichen. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen müssen ihre Transaktionen in dem Monat festhalten, in dem die Leistung erbracht wurde, so dass "Karussellbetrüger" künftig nicht mehr die Möglichkeit haben, Rechnungen in einen späteren Berichtszeitraum zu verschieben. Schätzungen zufolge könnte die neue Regelung Unternehmen, insbesondere KMU, Einsparungen bis zu 18 Milliarden Euro im Jahr bringen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113398.pdf (Council Ecofin)

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=453&lang=de>

2. Mehrwertsteuerbefreiung für Glücksspiele kann begrenzt werden

Generalanwalt Yves Bot kam in seinen Schlussanträgen im Verfahren der Leo-Libera GmbH, die eine Spielhalle mit Geldspielautomaten betreibt, und dem Finanzamt Buchholz in der Nordheide (Niedersachsen/DE) zu dem Ergebnis, dass ein Mitgliedstaat befugt ist, die Befreiung von der Mehrwertsteuer für Glücksspiele mit Geldeinsatz auf eine begrenzte Zahl von Spielen wie Wetten und Lotterien zu beschränken und dieser Steuer alle anderen Glücksspiele mit Geldeinsatz

einschließlich der Geldspielautomaten zu unterwerfen. Nach dem deutschen Umsatzsteuergesetz in Verbindung mit dem Rennwett- und Lotteriegesetz sind Pferderennwetten, Wetten zu festen Odds, Lotterien und Ausspielungen von der Mehrwertsteuer befreit. Alle anderen Glücksspiele mit Geldeinsatz einschließlich der Geldspielautomaten unterliegen dagegen der Mehrwertsteuer.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (C-58/09 einfügen)

3. Deutschland muss Quellensteuerentlastung ändern

Die Kommission hat Deutschland förmlich aufgefordert, seine Vorschriften zur Missbrauchsbekämpfung bei Quellensteuerentlastungen zu ändern. Deutsche Steuerbehörden gewähren einer ausländischen Gesellschaft keine Quellensteuerentlastungen, soweit Personen an ihr beteiligt sind, denen die Entlastung nicht zustünde, wenn sie die Einkünfte unmittelbar erzielten und wenn die ausländische Gesellschaft keiner eigenen Wirtschaftstätigkeit nachginge. Dabei kritisiert die Kommission nicht das mit der Missbrauchsbekämpfungsmaßnahme verfolgte Ziel, sondern lediglich die unverhältnismäßigen Anforderungen an ausländische Unternehmen zur Erbringung des Nachweises einer eigenen Wirtschaftstätigkeit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/298&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Griechenland wird wegen Steuerregelungen verklagt

Die Kommission hat beschlossen, Griechenland beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu verklagen, weil das Land drei EuGH-Urteilen zu ohne Rechtsgrund gezahlten Steuern, darunter die Mehrwertsteuer, nicht vollständig Folge geleistet hat. Nach dem EU-Recht haben Steuerpflichtige Anspruch auf Erstattung entrichteter Steuern, wenn diese von Mitgliedstaaten in Verletzung des Gemeinschaftsrechts erhoben wurden. Griechenland hat eine solche Erstattung nicht ermöglicht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/297&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Frankreich muss Besteuerung von elektrischem Strom ändern

Die Kommission hat Frankreich aufgefordert, seine Rechtsvorschriften für die Besteuerung von elektrischem Strom binnen zwei Monaten anzupassen und mit der Richtlinie über die Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom in Einklang zu bringen. Die Kommission hat ihre Rechtsauffassung förmlich festgelegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/295&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Wettbewerbsrecht

Übernahme von Kraftstoffsparte von Shell in Griechenland überprüft

Die Kommission hat die Prüfung des Übernahmehabens von Motor Oil (Griechenland), das die Kontrolle über die Geschäfte von Shell im griechischen Mineralölsektor erwerben möchte, an die griechische Wettbewerbsbehörde verwiesen. Im Rahmen des Vorhabens soll ferner mit dem britischen Unternehmen Shell Overseas Holdings Limited (SOHL) ein Joint Venture für die Belieferung griechischer Flughäfen mit Flugkraftstoffen gegründet werden. Das geplante Rechtsgeschäft wirke sich lediglich auf den griechischen Kraftstoff- und Bitumenmarkt aus und folglich sei es sinnvoll dem Verweisungsantrag der griechischen Wettbewerbsbehörde statt zu geben. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/281&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Makroökonomische Stabilität Grundlage für Wachstum und Beschäftigung

In ihren Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission Europa 2020 betonten die EU-Finanzminister, dass die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität und die Rückkehr

der Mitgliedstaaten zu nachhaltigen öffentlichen Finanzen die Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung seien. Strukturreformen mit geringen Risiken für die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung sollten unverzüglich angegangen werden. Die Wachstumsziele der EU müssten in nationalen Zielen umgesetzt und regelmäßig vom Europäischen Rat kontrolliert werden. Für Forschung und Entwicklung wünschen die Minister allerdings nicht das Ziel 3%/BIP, sondern einen breiteren Indikator. Auch das Ziel der Armutsbekämpfung sei neu zu definieren.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113398.pdf (Ecofin)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st07/st07110.de10.pdf> (Mitteilung der Kommission)

2. EU-Mitgliedstaaten gehen von unrealistischen Haushaltsergebnissen aus

Die Kommission hat am 17.03. die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme von Belgien, Bulgarien, **Deutschland**, Estland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, **Österreich**, der Slowakei, Schweden, Finnland und dem Vereinigten Königreich geprüft. Alles in allem werden die Wachstumsannahmen, auf denen die Haushaltsprojektionen basieren, bei den meisten der vierzehn Programme als recht optimistisch eingestuft, was bedeute, dass die Haushaltsergebnisse hinter den Zielvorgaben zurückbleiben könnten. Darüber hinaus würden zur Stützung der Konsolidierungsstrategie ab 2011 in mehreren Fällen keine ausreichenden konkreten Maßnahmen genannt. Dies gilt auch für **Deutschland und Österreich**; in Deutschland müsse die neue Schuldenregel auch in den Ländern durchgesetzt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/288&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Eurogruppe geht Zahlungsbilanzüberschüsse und Wettbewerbsfähigkeit an

In ihren Schlussfolgerungen vom 15.03. verpflichten sich die Finanzminister der Euroländer, sich rasch der Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und der makroökonomischen Gleichgewichte anzunehmen. Ein Problem seien nicht nur die mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit einiger Länder, sondern auch die größere Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder und die damit verbundenen Zahlungsbilanzüberschüsse. Länder mit großen Zahlungsbilanzüberschüssen müssten ihre Binnennachfrage stärken.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113375.pdf

4. Deutschland bei Innovationen in Spitzengruppe

Der am 17.03. von der EU-Kommission veröffentlichte Europäische Innovationsanzeiger (EIS) 2009 zeigt, dass wie in den Vorjahren Dänemark, **Deutschland**, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich der **Führungsgruppe** angehören. In diesen Ländern steige die Leistung jedoch in Deutschland und Finnland am schnellsten, während Dänemark und das Vereinigte Königreich stagnierten. In der **Verfolgergruppe** finden sich Belgien, Estland, Frankreich, Irland, Luxemburg, die Niederlande, **Österreich**, Slowenien und Zypern. Griechenland, Italien, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, die Tschechische Republik und Ungarn sind die **mäßig innovativen Länder**. Bulgarien, Lettland und Rumänien sind die **Aufhändler** mit raschen Leistungssteigerungen hin zum EU-Durchschnitt. Die EU tue sich jedoch schwer, zur Innovationsleistung der **USA** aufzuholen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/286&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Kandidaten aus Deutschland und Österreich für EU-Unternehmerpreise

Für die von der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission seit 2006 organisierten Europäischen Unternehmerpreise, um hervorragende Leistungen von Behörden bei der Förderung von Unternehmertätigkeit und Klein- und Mittelunternehmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu finden und anzuerkennen, sind für 2010 zwölf Vorhaben in die engere Wahl gekommen. Aus Deutschland sind dies „Unternehmensgründungen entlang der deutsch-niederländischen Grenze dank grenzüberschreitender Schulungsmaßnahmen“ und „Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Nürnberger Unternehmen dank Ethik-Initiative“. Aus

Österreich kommt „Erschließung des unternehmerischen Potenzials junger Künstler an der Johannes Kepler Universität Linz“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/277&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

6. Unternehmen aus Deutschland und Österreich für Umweltpreis nominiert

Am 15.03. wurden zehn europäische Unternehmen bekannt gegeben, die es für den Europäischen Umweltpreis für Unternehmen in die engere Auswahl geschafft haben. Mit den Preisen, die alle zwei Jahre von der Europäischen Kommission vergeben werden, werden europäische Unternehmen ausgezeichnet, die einen besonderen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in einer der vier Kategorien – Management, Produkte, Verfahren und internationale Kooperation – geleistet haben. Die Bekanntgabe der vier Gewinner erfolgt am 2. Juni 2010. Kandidat für den Preis für Management ist die AEVG Abfall-Entsorgungs-und Verwertungs GmbH, Österreich. Kandidaten aus Deutschland sind die Siemens AG (Verbesserungen der Energieeffizienz großer Gasturbinen), die Zenergy Power GmbH (Reduzierung von Energiebedarf durch Supra-Leitertechnologie) und die Dr.-Ing. Werner Neu Verfahrenstechnik GmbH (Energieeinsparung bei Herstellung thermoplastischer Platten).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/275&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Jährliche Inflationsrate der Eurozone auf 0,9% gesunken, EU auf 1,4%

Die jährliche Inflationsrate der **Eurozone** lag im Februar 2010 bei 0,9%, gegenüber 1,0% im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,2% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im Februar 2010 0,3%. Die jährliche Inflationsrate der **EU** lag im Februar 2010 bei 1,4%, gegenüber 1,7% im Januar. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,8% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im Februar 2010 0,3%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/39&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. Produktion im Baugewerbe in Eurozone um 2,2% gefallen, EU um 2,0%

Die saisonbereinigte Produktion im Baugewerbe nahm im Januar 2010 gegenüber dem vorangegangenen Monat in der Eurozone (EZ16) um 2,2% und in der EU27 um 2,0% ab (Deutschland: -14.3%, Österreich k.A.). Im Dezember 2009 fiel die Produktion im Baugewerbe in der Eurozone um 1,0%, stieg aber in der EU27 um 0,8%. Wird Januar 2010 mit Januar 2009 verglichen, so hat die Produktion in der Eurozone um 12,5% und in der EU27 um 8,4% abgenommen (Deutschland -16.5%, k.A. für Österreich).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/41&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen (SET-Plan)"

In ihren Schlussfolgerungen vom 11./12.03. anerkannten die EU-Energieminister, dass die Umsetzung des SET-Plans seit Annahme der Schlussfolgerungen des Rates am 28. Februar 2008 gut vorangeschritten ist. So wurde eine hochrangige Lenkungsgruppe der Mitgliedstaaten gebildet, die Europäischen Industrieinitiativen (EII) haben ihre Technologiepläne (2010-2020) ausgearbeitet und arbeiten nunmehr an der Aufstellung konkreter europäischer Programme, das europäische Energieforschungsbündnis (European Energy Research Alliance – EERA) ist bereit, seine ersten Forschungstätigkeiten aufzunehmen, und die Initiative "intelligente Städte" wird derzeit entwickelt. Die Minister weisen aber darauf hin, dass die Gefahr besteht, dass die Mittel nicht ausreichen oder zu sehr aufgesplittet werden und zu wenig Synergien und Hebelwirkungen erzielt werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06688.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14230-ad04.de09.pdf> (Folgenabschätzung)

2. Gastransport durch Ukraine wird neu organisiert

Im Rat Energie am 11./12.03. berichtete Kommissar Oettinger über den Stand der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine im Energiesektor. Danach tritt der neue ukrainische Staatspräsident für ein Konsortium der Ukraine, Russlands und der EU für den Betrieb des ukrainischen Gastransportsystems ein.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st06/st06690.en10.pdf>

c) Finanzen

1. Eurogruppe einigt sich auf Maßnahmen zugunsten von Griechenland

Die Finanzminister der Euroländer einigten sich am 15.03. über technische Details für ein koordiniertes Vorgehen im Falle einer Krise. Es gehe nicht um eine Finanzierung zu den Durchschnittszinssätzen des Euroraumes, sondern um die Wahrung der Finanzstabilität im Euroraum insgesamt. Das Verbot gegenseitiger Finanzhilfen der Euro-Staaten nach den Unionsverträgen (Art. 125 AEUV) würde beachtet. Die endgültige Entscheidung liegt aber bei den Staats- und Regierungschefs, die sich auf ihrem Gipfel am 25./26.03. äußern könnten. Die Minister halten im Übrigen die Maßnahmen zur Konsolidierung des griechischen Haushalts für ausreichend, sofern sie voll umgesetzt werden. Griechenland wird aber dringend aufgefordert, die Empfehlungen des Rates für Strukturreformen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durchzuführen. Diese seien erforderlich, um das staatliche Defizit bis 2012 unter 3%/BIP zu bringen. Die Eurogruppe erwartet bis 15.05. einen Bericht der griechischen Regierung und begrüßt die Kontrolle durch die Kommission, in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113376.pdf

<http://www.euractiv.com/de/euro/minister-der-eurozone-skizzieren-einen-rettungsplan-fuer-griechenland-news-347030>

2. EU-Finanzminister für Ausstieg aus Krisenmaßnahmen

In ihrer Stellungnahme für den Europäischen Rat am 25./26.03., plädierten die Finanzminister für eine Beendigung der Kreditgarantien im Finanzsektor. Die Kommission und die Europäische Zentralbank werden gebeten, die Entwicklung bei den Banken zu evaluieren. Die Beihilfen für einzelne Wirtschaftssektoren sollten ebenfalls so rasch wie möglich beendet werden. Der Aufschwung dürfe aber nicht durch eine Kreditklemme, insbesondere für KMU, beeinträchtigt werden. Zurückzufahren seien auch die Sondermaßnahmen für den Arbeitsmarkt, insbesondere die staatliche Unterstützung für Kurzarbeit. Notwendig sei eine langfristige Strukturreform-Agenda sowohl für die Produkt- als auch die Arbeitsmärkte.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113389.pdf (Financial exit)

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113391.pdf

3. Europäische Zentralbank sieht Risiko einer Staatsschuldenkrise

In seiner Rede vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments am 16.03. warnte EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark, dass nach der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Krise der Staatsverschuldung in den meisten Industriestaaten drohe. Selbst bei einer jährlichen Reduzierung des Haushaltsdefizits um 0.5%/BIP werde es im Eurogebiet etwa 20 Jahre dauern bis das Schuldenniveau vor der Krise wieder erreicht werde. Ohne Strukturreformen könne auch nicht mit einer Rückkehr zu den Wachstumsraten vor der Krise gerechnet werden. Die Lage in Griechenland zeige, wie wichtig es sei, den Stabilitäts- und Wachstumspakt strikt zu beachten. Angesichts der wirtschaftlichen Erholung sei ein Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen dringend erforderlich.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp100316.en.html>

4. Rat beschließt Haushaltsleitlinien für 2011

Die EU-Finanzminister legten am 16.03. ihre Leitlinien für den Haushalt fest. Der Haushaltsplan solle sich strikt innerhalb der Grenzen des derzeitigen Finanzrahmens (2007-2013) halten. Bei den externen Politikbereichen müsse die Rolle der EU als globaler Akteur bekräftigt werden können. Dies setze ausreichende Mittel für den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes und finanzielle Reserven für unerwartete Ereignisse voraus. Wichtig sei auch eine angemessene Finanzierung im Bereich Justiz und Inneres, etwa bei der Einwanderungspolitik.

Nach dem neuen Haushaltsverfahren nach dem Vertrag von Lissabon sei eine gute Zusammenarbeit des Rates mit dem EP und der Kommission wichtig. Was die Umsetzung anderer haushaltspolitischer Aspekte des Vertrags von Lissabon betrifft, so erachtet der Rat die Verordnung des Rates über die Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens (2007-2013), die neue Interinstitutionelle Vereinbarung (IIV) und die beschleunigte Überprüfung der Haushaltsordnung als rein technische Vorgänge.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113385.pdf

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Mandat für Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Die Kommission hat am 17.03. Verhandlungsrichtlinien für den Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention vorgeschlagen. Künftig soll der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte des Europarats in Straßburg in der Lage sein, Rechtsakte und Handlungen von Organen, Einrichtungen und Agenturen der EU, einschließlich der Urteile des EuGH, auf ihre Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention hin zu überprüfen. Die Rechtsgrundlage hierfür liefert der Lissabon-Vertrag mit Artikel 6 Absatz 2. Das Beitrittsabkommen erfordert einen einstimmigen Beschluss des Rates. Außerdem müssen alle 47 Vertragsparteien der EMRK dem Abkommen zustimmen. Der Rat muss die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Abschluss des Beitrittsabkommens einholen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/291&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Urteilstätigkeit des Europäischen Gerichtshofes auf hohem Niveau

Nach der Rechtsprechungsstatistik 2009 sind beim **Gerichtshof** 561 neue Rechtssachen eingegangen, darunter 302 Vorabentscheidungsersuchen. 543 Rechtssachen wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 17.1 Monate. Etwa 52% der Urteile ergingen ohne Schlussanträge. Beim **Gericht** gingen 568 Rechtssachen neu ein, 555 wurden erledigt, 1.191 sind noch anhängig. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug bei den Markenrechtssachen 20.1 Monate, bei Rechtsmittelverfahren 16.1 Monate und bei den übrigen Klagen 33.1 Monate. Beim **Gericht für den öffentlichen Dienst** gingen 113 Rechtssachen ein, 155 wurden erledigt, 175 sind noch anhängig. Die durchschnittliche Verfahrensdauer liegt bei 15.1 Monaten. <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100029de.pdf>

3. EuGH klärt Lieferort bei herzustellenden Waren

Im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens auf Vorlage des Bundesgerichtshofs („Car Trim GmbH gegen KeySafety Systems SRL“) entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwalt Ján Mazák vorgeschlagen, dass Verträge über die Lieferung herzustellender oder zu erzeugender Ware auch bei bestimmten Vorgaben des Auftraggebers zu Beschaffung, Verarbeitung und Lieferung der Ware, ohne dass die Stoffe von diesem zur Verfügung gestellt wurden, und auch wenn der Lieferant für die Qualität und die Vertragsgemäßheit der Ware haftet, als „Verkauf beweglicher Sachen“ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen („Brüssel I“) einzustufen sind. Bei Versandkäufen ist mangels Festlegung im Vertrag der Lieferort derjenige der körperlichen Übergabe der Waren, durch die der Käufer am

endgültigen Bestimmungsort des Verkaufsvorgangs die tatsächliche Verfügungsgewalt über diese Waren erlangt hat oder hätte erlangen müssen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-381/08> (Urteil)

b) Inneres

1. Urteile zur Bekämpfung der Geldwäsche in Irland und Spanien missachtet

Die dritte Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche hätte bis zum 15. Dezember 2007 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Da dies in Irland und Spanien bisher nicht erfolgt ist, hat der Europäische Gerichtshof erklärt, dass diese Länder ihren Verpflichtungen aus der Richtlinie nicht nachgekommen sind. Die Kommission ersucht diese beiden Mitgliedstaaten in einem Aufforderungsschreiben (nach Artikel 260), ihr umfassende Angaben zur Umsetzung dieses Urteils zu übermitteln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/305&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Maßnahmen gegen Menschenhandel und sexuellen Missbrauch von Kindern

EU-Innenkommissarin Cecilia Malström wird am 29.03. Gesetzesvorschläge zum Kampf gegen den Menschenhandel sowie gegen den sexuellen Missbrauch und pornografische Darstellungen von Kindern präsentieren.

http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/children/fsj_children_intro_en.htm

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Europäische Union hält an bisheriger Klimapolitik fest

In ihren Schlussfolgerungen zur Kopenhagener Klimakonferenz vom 07.-19.12.09 anerkannten die EU-Umweltminister, dass ein erster Schritt auf dem Weg zu einem verbindlichen Abkommen über eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf nicht mehr als 2°C gegenüber dem vorindustriellen Stand erreicht worden ist. Staaten die für 80% der globalen Emissionen verantwortlich sind, hätten sich zu den Zielen von Kopenhagen bekannt. Die EU halte an einer Reduzierung von 20% bis 2020 fest und sei bereit, auf 30% zu gehen, wenn andere Industriestaaten vergleichbare Anstrengungen unternähmen und wenn die Entwicklungsländer einen angemessenen Beitrag leisteten. Die Kommission wird gebeten, bis Juni Auswirkungen auf energieintensive Betriebe und Kosten eines EU-Ziels von 30% zu evaluieren.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st07/st07562.en10.pdf>

2. EU-Finanzminister für Klimahilfen an Entwicklungsländer

In ihrer Stellungnahme vom 16.03. bekräftigten die Finanzminister die Zusage der EU, in den Jahren 2010-2012 jährlich 2.4 Mrd. EUR als Anschubfinanzierung für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel in Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Dies sei Teil des Pakets von 30 Mrd. USD der Industrieländer. Diese Mittel seien danach aufzustocken, so dass den Entwicklungsländern im Jahr 2020 USD 100 Mrd. jährlich aus öffentlichen und privaten Quellen zukämen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/113387.pdf1

3. Umweltminister für Langzeitvision für Biodiversität bis 2050

In ihrer Entschließung vom 15.03. sprachen sich die Minister für eine angemessen wiederhergestellte Biodiversität in der EU bis 2050 aus. Bis 2020 solle der Verlust an Artenvielfalt gestoppt werden. Ernsthaft besorgt zeigten sich die Minister, dass die Ziele der Biodiversität bis 2010 weder in der EU noch global erreicht worden sind. Die Minister begrüßten die Mitteilung der Kommission zu Optionen für die Biodiversität nach 2010 und fordern die Kommission auf, noch 2010, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, eine Post-2010-Biodiversitätsstrategie

auszuarbeiten. National wie global müsse Biodiversität in andere Politiken wie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Raumplanung einbezogen werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st07/st07536.en10.pdf> (Schlussfolgerungen)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st07/st07259.en10.pdf> (Madrider Konferenz vom 26./27.01.)

4. Libellen, Käfer und Schmetterlinge drohen auszusterben

Der Verlust der Lebensräume und der Klimawandel hätte ernste Auswirkungen auf die Schmetterlinge, Käfer und Libellen in Europa. Die Veröffentlichung der neuesten von der Kommission in Auftrag gegebenen europäischen Roten Liste zeigte, dass 11 Prozent der Käfer, die von Faulholz abhängen, und 14 Prozent der Libellen in Europa vom Aussterben bedroht sind. Einigen Arten drohe sogar das weltweite Aussterben, so dass sie nun in die aktualisierte Rote Liste der gefährdeten Arten™ der Weltnaturschutzunion (IUCN) aufgenommen wurden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/283&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Verkehr

1. Deutschland diskriminiert bei Bodenabfertigungsdiensten auf Großflughäfen

Die Kommission hat die deutschen Behörden am 18.03. aufgefordert, entsprechend der EU-Richtlinie 96/67/EG auf den 14 deutschen Großflughäfen für einen fairen Zugang zum Markt für Bodenabfertigungsdienste zu sorgen. Gemäß der Richtlinie sollte jeder Dienstleister am Wettbewerb um die Erbringung von Bodenabfertigungsdiensten – wie Gepäckabfertigung, Bordverpflegung, Betankung oder Personenbeförderung – teilnehmen können. Kommt Deutschland der Aufforderung binnen zwei Monaten nicht nach, so kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/308&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Mitgliedstaaten uneins über Regelung von Luftsicherheitsentgelten

Wegen geringer Fortschritte bei den Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe „Luftverkehr“ unterbreitete der Vorsitz dem Rat Verkehr am 11./12.03. lediglich einen Sachstandsbericht. Es soll nunmehr zunächst die erste Lesung im EP abgewartet werden, die für April vorgesehen ist. Während die Kommission die Richtlinie über Luftsicherheitsentgelte auf alle Flughäfen in der EU anwenden wollte, war eine Mehrheit für eine Beschränkung auf Flughäfen mit mehr als fünf Millionen Fluggastbewegungen. Ein Kompromissvorschlag des spanischen Vorsitzes mit zwei Millionen Fluggastbewegungen fand keine Mehrheit. Anerkannt wurde, dass Entgelte nur für Sicherheitsmaßnahmen nach Kriterien der Internationalen Luftfahrtorganisation ICAO erhoben werden dürfen und auf überprüfbaren empirischen Daten beruhen müssen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/113317.pdf (Council Transport)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06439.de10.pdf> (Sachstandsbericht)

3. Tschechien und Griechenland missachten Flugsicherheitsüberprüfungen

Die Kommission hat am 18.03. eine mit Gründen versehene Stellungnahme an die Tschechische Republik und Griechenland gerichtet, weil diese es versäumt haben, EU-Rechtsvorschriften umzusetzen, durch die Verfahren für Flugsicherheitsüberprüfungen festgelegt werden, denen Luftfahrzeuge aus der EU und Drittstaaten auf ihren Flughäfen unterzogen werden müssen.

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Kommission erleichtert Handynutzung in europäischen Seeräumen

Ähnlich wie bei der Handynutzung in Flugzeugen erließ die Kommission eine Entscheidung, wonach für bordeigene Kommunikationsdienste Funkfrequenzen im 900- und 1800-MHz-Band („GSM-Frequenzen“) unter harmonisierten technischen Voraussetzungen und Betriebsbedingungen zur Verfügung gestellt werden. Diese ermöglichen den Zugang von Handys zu landgestützten Systemen per Satellit. Außerdem wird sichergestellt, dass bordeigene

Mobilfunkdienste keine funktechnischen Störungen in landgestützten Netzen verursachen, damit Mobilfunknutzer an der Küste nicht unbeabsichtigt in bordeigene Systeme eingebucht werden. Gleichzeitig hat die Kommission eine Empfehlung veröffentlicht, in der sie die EU-Staaten anregt, Systeme, die in einem Land zugelassen sind, ebenfalls anzuerkennen. Die EU-Mitgliedstaaten haben nun zwölf Monate Zeit für die Umsetzung. Außerdem sollen sie die Verbraucher über die neuen Möglichkeiten aufklären.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/326&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Van Rompuy für Einigung über Bildungsziel auf März-Gipfel

In seiner Ansprache an die Europa-Minister der deutschen Bundesländer am 18.03. wies der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, die Forderung des Bundesrates zurück, über die Ziele der Strategie „Europa 2020“ erst im Juni zu sprechen. Er wolle auf dem März-Gipfel bereits möglichst umfassende konkrete Fortschritte erzielen. Eine wirtschaftliche Strategie, in der die Bildung ausgeklammert ist, mache keinen Sinn.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113441.pdf

2. Fußballvereine können Ausbildungsentschädigungen fordern

Im Falle eines von einem französischen Verein (Olympique Lyonnais) ausgebildeten Nachwuchsspielers, der seinen ersten Profivertrag mit einem britischen Verein (Newcastle UFC) abgeschlossen hatte, entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwältin Eleanor Sharpston vorgeschlagen, dass Fußballvereine in einem solchen Fall eine Ausbildungsentschädigung fordern dürfen. Die Höhe dieser Entschädigung ist anteilig anhand der vom Verein insgesamt für die Ausbildung von Spielern aufgewandten Kosten zu berechnen. Der im Ausgangsfall geltend gemachte Schaden geht darüber hinaus und ist daher nicht gedeckt.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-03/cp100030de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-325/08> (Urteil)

XI: Sonstiges

1. Unconference „Forum Europa“ in Hamburg am 27. März

Eine Unconference ist eine offene, partizipative Veranstaltungsform, deren Ablauf und Inhalte von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestimmt werden. Die Veranstalter, JEF-Hamburg e. V., Europa-Union Hamburg e.V. und der europe direct Info-Point Europa, wollen alle, die sich in Hamburg und Umgebung für Europa interessieren, zusammenbringen und stärker vernetzen. Dabei sollen Themen wie die Finanzkrise, Agrarpolitik, Sicherheitsfragen oder Erweiterung der EU diskutiert werden. <http://unconference.jef-hamburg.de/>

2. Start des ersten Schülerwettbewerbs zum Thema EU-Haushalt

Die Generaldirektion Haushalt der Europäischen Kommission ruft Schüler im Alter von 15 bis 19 Jahren aus Deutschland und Österreich auf, sich in Form einer Reportage oder eines Kurzvideos kritisch mit dem EU-Haushalt zu beschäftigen. Dabei können die Schüler beispielsweise von EU-Projekten aus der eigenen Umgebung berichten. Die besten Beiträge werden ausgewählt von einer Jury, besetzt mit renommierten Print- und Fernsehjournalisten, die täglich selbst über EU-Themen berichten. Die Gewinner reisen nach Brüssel und treffen den EU-Kommissar für Haushalt und Finanzplanung, Janusz Lewandowski. Einsendeschluss ist der 30.06. 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/276&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/budget/jugendwettbewerb>